

Finanzbericht der Schatzmeisterin 2007–2008

Parteitag Dresden
13. bis 15. November 2009



**Finanzbericht der Schatzmeisterin
2007 – 2008**

**Parteitag Dresden
13. bis 15. November 2009**



Dr. Barbara Hendricks MdB, Schatzmeisterin der SPD

Impressum

SPD Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

<http://www.spd.de>

Gestaltung
Petra Bauer,
Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn
pb.cicero@t-online.de

Bestell-Nr. 9 410 214

Einleitung	5
I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD	6
1. Einnahmeentwicklung	6
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	6
1.2 Die staatliche Teilfinanzierung	7
1.3 Die Einnahmen aus Spenden	8
1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring	11
1.5 Die Einnahmen aus Vermögen	12
1.6 Parteiinterner Finanzausgleich	12
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	14
2.1 Mitgliederverwaltung	16
3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	18
4. Der Unternehmensbereich	19
4.1 Konzentration GmbH	19
4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH	21
4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	22
II. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich	25



Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem Parteitag im Oktober 2007 bin ich für die Finanzen der SPD verantwortlich. Als Schatzmeisterin sichere ich das finanzielle Fundament für unsere politische Arbeit und für unsere Wahlkämpfe.

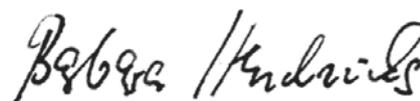
Ich betrachte mich aber nicht nur als reine Finanzverwalterin der Partei. Mir geht es auch darum, die Organisationsstrukturen und ihre Effektivität stetig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Es gilt, die Weichen so zu stellen, dass unsere SPD auch in Zukunft handlungsfähig bleibt – politisch, organisatorisch und finanziell.

Unser Unternehmensbereich ist eine stabile Stütze unserer Einnahmenbasis. Als Generaltreuhänderin treffe ich die grundsätzlichen unternehmerischen Entscheidungen. Dabei gilt es, sozialdemokratische Grundsätze und betriebswirtschaftliche Erfordernisse abzuwägen. Der Treuhandaufsichtsrat begleitet die Arbeit des Unternehmensbereiches.

CDU und CSU ist unser traditionelles Engagement im Medienbereich ein Dorn im Auge. Sie versuchen immer wieder mit durchsichtigen Argumenten unsere Beteiligungen zu diskreditieren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom März 2008 zum hessischen Landesrundfunkgesetz das Grundrecht der Parteien, sich im Medienbereich wirtschaftlich betätigen zu dürfen, eindrucksvoll bestätigt. Damit läuft die jahrelange Kampagne der Konservativen ins Leere.

Eine Reform des Parteiengesetzes, die wir nach wie vor für dringend notwendig erachten, ließ sich bisher nicht umsetzen. Selbst ein mit allen im Bundestag vertretenen Parteien abgesprochener Minimalkonsens scheiterte letztendlich an der CDU.

Bedanken möchte ich mich bei den mehr als 11.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern, die mit außerordentlichem persönlichen Einsatz dazu beitragen, dass die Kasse stimmt und die Rechenschaftsberichte ordnungsgemäß beim Bundestagspräsidenten eingereicht werden können. Unsere Kassiererinnen und Kassierer tragen eine hohe Verantwortung – für ihren Ortsverein oder Unterbezirk und für die gesamte Partei.



1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Die wichtigste Stütze der Einnahmen der SPD sind nach wie vor die Beiträge unserer Mitglieder und der Mandatsträgerinnen und -träger.

In Summe betragen sie im Jahr 2008 rund 68,8 Mio. € (2007 rund 69,3 Mio. €) und sind damit etwas gesunken.

Die Beiträge verteilen sich wie folgt:

	Jahr 2007	Jahr 2008
Mitgliedsbeiträge	47,58 Mio. €	46,65 Mio. €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	21,67 Mio. €	22,18 Mio. €

Für die weiter sinkenden Einnahmen ist vor allem der anhaltende Mitgliederverlust als Grund zu nennen. Während wir Ende des Jahres 2007 noch ca. 540.000 Mitglieder zu verzeichnen hatten (-3,8% gegenüber Ende 2006), waren es zum Stichtag des Jahres 2008 nunmehr 521.000 Mitglieder (-3,5% im Vorjahresvergleich).

Der Mitgliederrückgang setzt sich also – wenn auch mit leicht verminderter Stärke – weiter fort. Immerhin haben wir uns in zwei Landesverbänden im Jahr 2008 über einen leichten Mitgliederzuwachs freuen können.

Sorgen bereitet uns auch die Altersstruktur der Mitgliedschaft. Zum Stichtag des Jahres 2007 lag das Durchschnittsalter unserer Mitglieder bei 58 Jahren. 46,69% aller Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt älter als 60 Jahre, nur 13,31% jünger als 40 Jahre.

Unseren älteren Mitgliedern sind wir für ihre jahre- und oft jahrzehntelange Arbeit und Unterstützung zu Dank verpflichtet. Um auch in der Zukunft eine erfolgreiche Arbeit leisten zu können, sind wir jedoch zusätzlich darauf angewiesen, junge Menschen für die Politik der SPD zu begeistern.

Die in der Finanzordnung vorgesehene jährliche Beitragsanpassung wurde vom Parteivorstand unter Berücksichtigung der Daten des Statistischen Bundesamtes mit Augenmaß festgelegt. Die Erhöhung betrug im Jahr 2007 0,5% und im Jahr 2008 0,9%.

Mitglieder mit geringem oder fehlendem eigenen Einkommen zahlen weiterhin den monatlichen Mindestbeitrag von 2,50 €, der von der Anpassung ausgenommen bleibt.

Von der Möglichkeit, der Beitragserhöhung zu widersprechen, haben im Jahr 2008 5.278 Mitglieder Gebrauch gemacht; 2007 waren es 4.548 Mitglieder. Dies entspricht etwa einem Prozent aller Mitglieder und liegt damit unter den Werten der Vorjahre.

Die Beitragsanpassungen im Überblick:

Beitragsanpassungen 2001 bis 2008							
	2001	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anpassung in Prozent	2,20	2,90	0,90	0,50	1,20	0,50	0,9
Anzahl der Widersprüche	9.709	5.505	6.157	6.603	7.649	4.548	5.278
Beitragssenkung	1.294	848	802	993	600	296	561
Freiwillige Beitragserhöhung	1.130	1.656	259	324	282	106	246

Die Beitragsanpassung kommt vor allem den Landesverbänden/Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen zugute. 85 Prozent der Beiträge und damit auch der Mehreinnahmen gehen dorthin. 2007 und 2008 betragen die Mehreinnahmen vor Ort ca. 593.000 €.

Der monatliche Durchschnittsbeitrag unserer Mitglieder hat sich 2007 um etwa 4% auf 7,57 € erhöht, ist jedoch im darauffolgenden Jahr wieder leicht auf 7,52 € gefallen (-0,7%).

Bis Ende 2008 ist die Zahl der regelmäßigen Beitragszahler um drei Prozentpunkte auf circa 94% gefallen. Damit befinden wir uns weiterhin auf hohem Niveau, sollten jedoch einem weiteren Absinken der Zahlungsquote entgegenwirken.

Unsere Kassiererinnen und Kassierer in den Gliederungen könnten z.B. die Möglichkeit der Beitragspatenenschaften stärker bewerben. Jeder von uns kann hierbei – ob allein oder als Gruppe – Genossinnen und Genossen, die aktuell in Zahlungsschwierigkeiten sind, durch die solidarische Übernahme ihres/seines Mitgliedsbeitrags eine weitere Mitarbeit und Mitgliedschaft in der SPD ermöglichen.

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 € je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

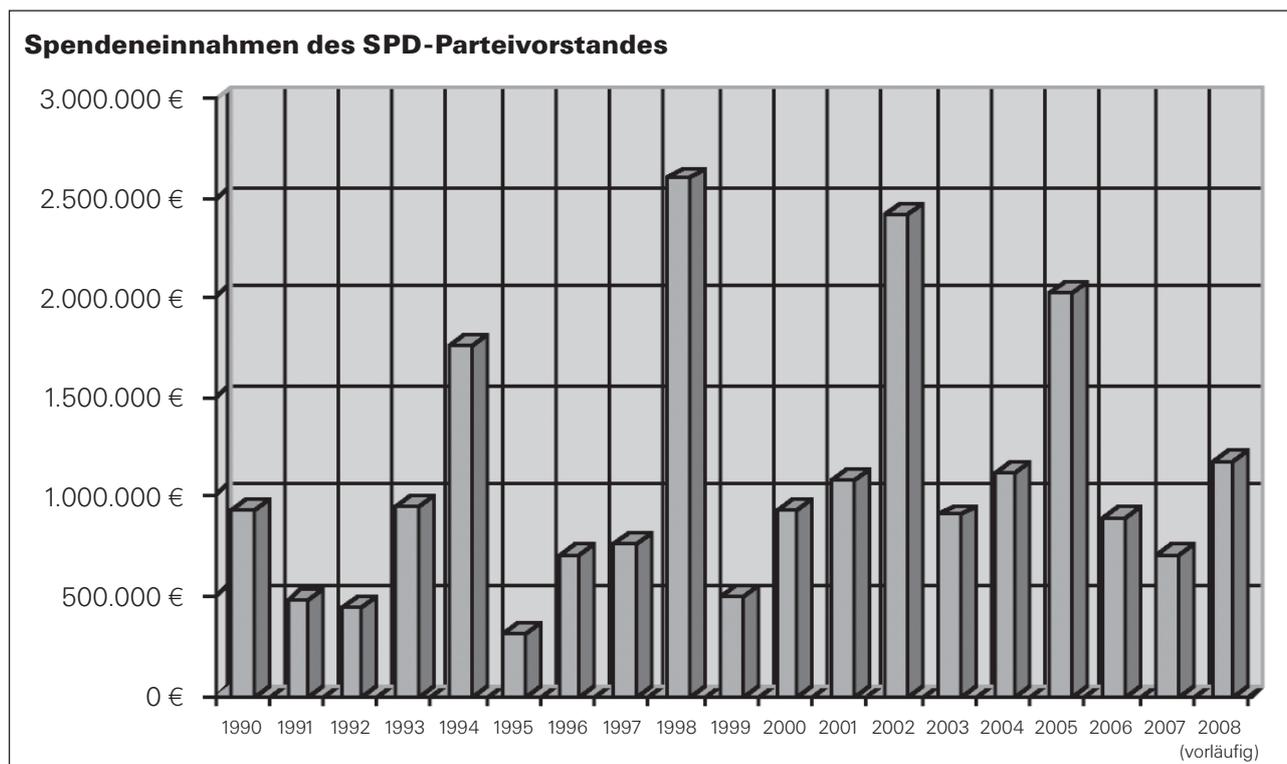
Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. €. Die SPD erhielt 2007 insgesamt 43,48 Mio. € und 2008 insgesamt 43,49 Mio. €. Damit entsprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 27 Prozent an den Gesamteinnahmen.

1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Trotz eines kurzen Wahlkampfes erreichten im Jahr der letzten Bundestagswahl 2005 die Spendeneinnahmen des Parteivorstands mit mehr als 2 Mio. € ein überdurchschnittliches Niveau. In den folgenden Jahren 2006 und 2007 sahen wir dann einen typischen Rückgang der Spendeneinnahmen, wobei das Jahr 2008 mit Einnahmen von knapp 1,2 Mio. € wieder einen positiven Trend zeigte. Für das Europa- und Bundestagswahljahr 2009 ist in der Mittelfristigen Finanzplanung des Parteivorstands mit Einnahmen von ca. 2,5 Mio. € ein ambitioniertes Ziel vorgegeben worden.

Nach wie vor bleiben die Mitglieder der Partei unsere wichtigsten Spender. Der in der Regel jährliche Spendenbrief der Schatzmeisterin ist die erfolgreichste und damit wichtigste Einzelmaßnahme zur Spendenwerbung – trotz des monatlichen Mitgliedsbeitrags sind immer wieder tausende Genossinnen und Genossen bereit, die Partei zusätzlich durch ihre Spenden zu unterstützen. Das ist nicht selbstverständlich.



Mittlerweile gewinnen aber auch andere Instrumente für die Spendenwerbung eine wachsende Bedeutung. Wenn auch die Spenden, die über das Spendentool auf der Internetseite der Partei geleistet werden, in der Höhe noch deutlich unter den Einnahmen aus den Spendenbriefen liegen, so bieten wir damit doch einen zusätzlichen Weg an, der von einer in den vergangenen Jahren stetig wachsenden Zahl von Menschen genutzt wird. Diese Entwicklung hat sich auch in den Berichtsjahren verstärkt.

Im Wahljahr 2009 sind darüber hinaus neue Instrumente eingeführt worden: So ist es möglich, die SPD durch eine SMS mit einem – verhältnismäßig kleinen – Betrag zu unterstützen. Außerdem hatten Mitglieder und Unterstützer im Bundestagswahlkampf erstmals die Möglichkeit, über eine Spende ein Großflächenplakat an einem von ihnen ausgewählten Ort zu platzieren.

Auch die Bemühungen, die Einnahmen aus Spenden für die Gesamtpartei zu verbessern wurden insgesamt verstärkt, vor allem durch Unterstützung und Information der Gliederungen der Partei in Fragen der Spendenwerbung und des Spendenrechts. So gehört ein Seminar zum Thema Finanzen, Sponsoring und Spendenwerbung mittlerweile zum festen Angebot der jährlich stattfindenden „Parteischulwoche“. Die für Sponsoring und Spendenwerbung zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schatzmeisterin standen auch darüber hinaus bei Veranstaltungen in den Gliederungen zur Verfügung. Weiterhin ist das Spendenreferat beim Parteivorstand Anlaufpunkt für zahlreiche Anfragen aus der Partei.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 – 2007												
Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.813	24,49	12.536	37,39	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,02	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.934	24,74	4.311	18,37	8.646	37,42	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.468	21,47	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
1998 bis 2007	143.180		274.231		99.128		43.860		97.065		27.725	
Durchschnitt	14.318	8,88	27.423	19,45	9.913	25,77	4.386	16,92	9.707	35,06	2.773	13,16

Angaben in Tsd. € · in %: Anteil an den Gesamteinnahmen Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD

Insgesamt aber spielen die Einnahmen aus Spenden für den Parteivorstand der SPD eine weniger wichtige Rolle als für andere Parteien. Deutlich ist dabei auch der Unterschied bei den Spenden der sogenannten „juristischen Personen“, also von Unternehmen und Banken etc. Die Tabellen veranschaulichen, wie hoch die Einnahmen aus Spenden der einzelnen Parteien, aber auch, wie groß die Unterschiede sind:

Die Zahlen zeigen, dass CDU, CSU und FDP hier einen großen Vorsprung haben. Rechnet man zudem die Zahlen für die beiden Unionsparteien zusammen, mit denen wir bundesweit konkurrieren, muss man feststellen, dass diese seit 1998 insgesamt über 370 Mio. € an Spenden eingenommen haben. Das sind 230 Mio., also fast eine viertel Milliarde € mehr als bei der SPD!

Dennoch: auch für unsere Partei sind die Einnahmen aus Spenden wichtig. Im Durchschnitt machen sie fast 9 Prozent der Gesamteinnahmen unserer Partei aus. Insbesondere für viele Ortsvereine haben sie noch eine sehr viel höhere Bedeutung. Sie sind und bleiben eine wesentliche Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit der Partei.

Anteil der Spenden juristischer Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 – 2007												
Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.947	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	24	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.621	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	27	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
1998 bis 2007	26.969		83.744		36.808		4.581		22.546		420	
Durchschnitt		1,67		5,93		9,58		1,77		8,02		0,20

Angaben in Tsd. € · in %: Anteil an den Gesamteinnahmen Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien



Dr. Barbara Hendricks
am Stand des GDV

1.4 Einnahmen aus Sponsoring

Zu den Einnahmen aus dem Sponsoring zählen neben der Ausstellermiete für Imagestände von Unternehmen und Verbänden auch das Aufstellen oder Austeilen von Werbematerialien und das Produktsponsoring, teilweise inklusive Bereitstellung von Personal (Geld-, Sach- und Dienstleistungen). Darüber hinaus gibt es weitere Posten wie beispielsweise Eintrittsgelder, Einnahmen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken oder von spezifischen Veranstaltungsprodukten. Diese werden unter dem Gesamtposten „Einnahmen aus Veranstaltungen“ subsumiert.

Doch selbst wenn die Einnahmen aus der Vermarktung von Veranstaltungen nicht einmal ein Prozent Anteil an unseren Gesamteinnahmen haben, gibt es doch so manche kleinere Veranstaltung einer Gliederung, einer Arbeitsgemeinschaft oder eines Forums, die ohne Sponsorenunterstützung nicht zustande gekommen wäre.

Dies gilt selbstverständlich nicht für die wichtigsten Veranstaltungen im Berichtszeitraum (ordentlicher Parteitag im Oktober 2007 in Hamburg und außerordentlicher Parteitag im Oktober 2008 in Berlin), anlässlich derer zwar naturgemäß die höchsten Sponsoringeinnahmen zu verzeichnen waren, sich diese aber natürlich nicht annähernd kostendeckend auswirken.

Dennoch können und wollen wir auf diese Einnahmen nicht verzichten, zumal die Berücksichtigung von Ausstellern aus der Wirtschaft auf unseren Veranstaltungen neben dem finanziellen noch einen weiteren Aspekt hat: die direkte Kommunikation zwischen unseren Mandatsträgern der verschiedenen Ebenen und unseren Mitgliedern mit Vertretern aus der Wirtschaft wird in einem angemessenen Rahmen ermöglicht. Das bedeutet, der Sponsor kann für sich werben, womit der Kerngedanke des Sponsorings (Leistung und Gegenleistung) erfüllt ist und die Genossinnen und Genossen haben die Gelegenheit, sich zu informieren.

1.5 Einnahmen aus Vermögen

Einnahmen aus Vermögen erhält die Partei insbesondere in Form von jährlichen Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbh (dd_vg.), in der zahlreiche Unternehmensbeteiligungen gebündelt sind. Die finanzielle Bedeutung dieser Ausschüttungen hat dabei in den letzten 10 Jahren stetig zugenommen: bis 1997 betrug die Ausschüttungen der dd_vg. in keinem Jahr mehr als 500.000 € (brutto, vor Steuern). Danach stiegen sie deutlich an und wurden zunächst vorrangig für die Finanzierung der Hypothekendarlehen eingesetzt, mit denen der Bau des Willy-Brandt-Hauses finanziert wurde.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden insgesamt ca. 14 Mio. € (brutto, vor Steuern) ausgeschüttet, in 2007 und 2008 gut 20 Mio. €, davon 8,6 Mio. € 2007 und 11,4 Mio. € 2008.

Von den im Berichtszeitraum ausgeschütteten 20 Mio. € wurden 9 Mio. € zur Bedienung der Hypothekendarlehen für die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses aufgewendet, 1 Mio. € erhielt die Konzentration GmbH, die für die Verwaltung der kleinen Parteihäuser verantwortlich ist. Der Rest diente zur Bedienung der auf die Bruttoausschüttungen entfallenden Steuerpflichten bzw. wurde dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes zur allgemeinen politischen Arbeit und der Vermögensverwaltung des Parteivorstandes zugeführt.

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut 17 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel nur um 1,0 Prozent gestiegen sind.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 % zu 15 % zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Verteilung aus staatlichen Mitteln								
	1991–1993 Ø pro Jahr		1994–2001 Ø pro Jahr		2002–2008 Ø pro Jahr		Veränderung gegenüber 1991–1993	
	T€	%	T€	%	T€	%	in T€	in %
Landesverbände von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0		7.403 8.141		5.742 9.910			
LV-Gesamt	13.302	30	15.544	33	15.652	33	2.350	17,7
Parteivorstand	30.996	70	31.541	67	31.304	67	308	1,0
SPD-Gesamt	44.298	100	47.085	100	46.956	100	2.658	6,0

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. €.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Um das Positive vorweg zu nehmen: Insgesamt deckten die Einnahmen die Ausgaben und die notwendigen Rücklagen für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 konnten gebildet werden.

Dennoch standen die Haushalte 2007 und 2008 unter dem Zeichen rückläufiger Einnahmen.

So sanken die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2007/2008 gegenüber 2005/2006 um ca. 900.000 €.

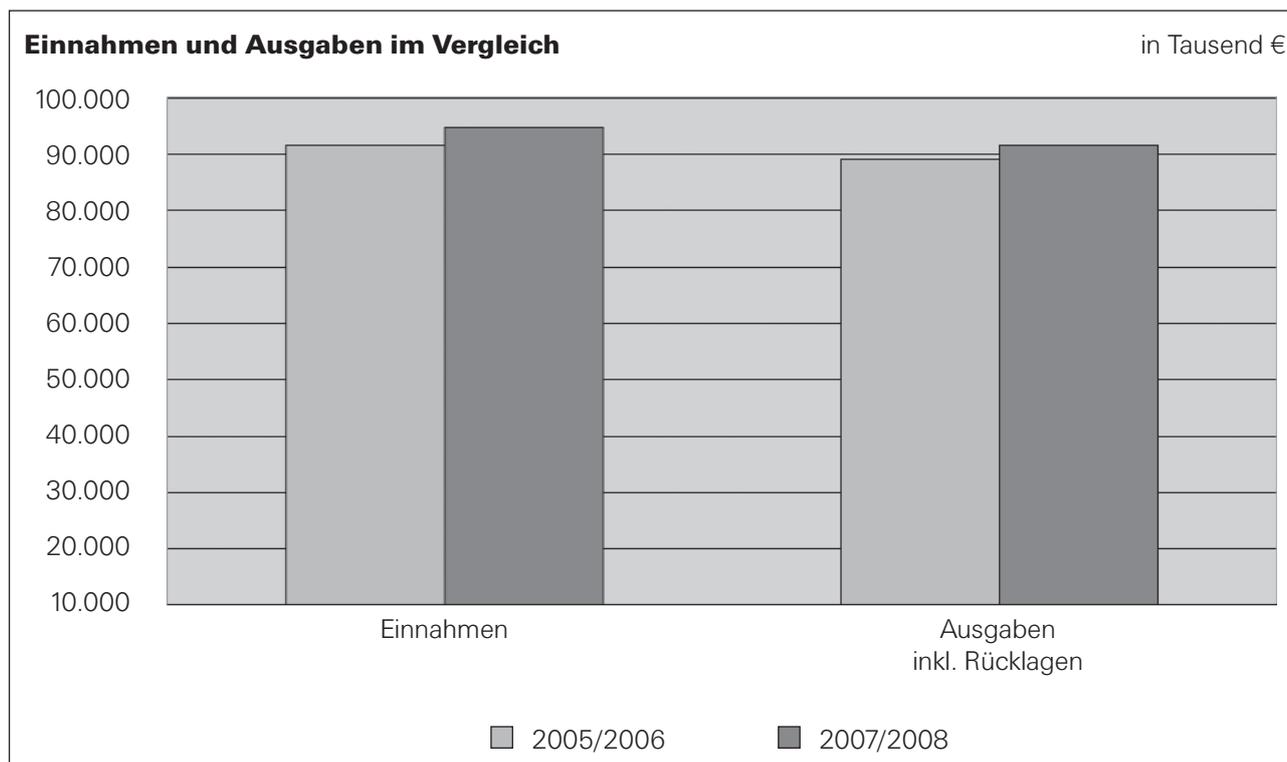
Die Einnahmenverluste konnten durch entsprechende Einnahmen aus Vermögen kompensiert werden.

Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstandes sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen

an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 22,6 Prozent (2005/2006: 22,9 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 61,5 Prozent betrug (2005/2006: 62,4 Prozent). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Durch eine strikte Haushaltsführung im Sachmitteletat sowie strukturelle Einschnitte im Personalbereich konnten die Vorgaben der Mittelfristigen Finanzplanung eingehalten werden.

Im Einzelnen stiegen die Aufwendungen 2007/2008 gegenüber 2005/2006 um ca. drei Prozent. Hierbei handelt es sich insbesondere um zusätzliche Aufwendungen im Rahmen von Vorwahlkampfaktivitäten im Jahr 2008.



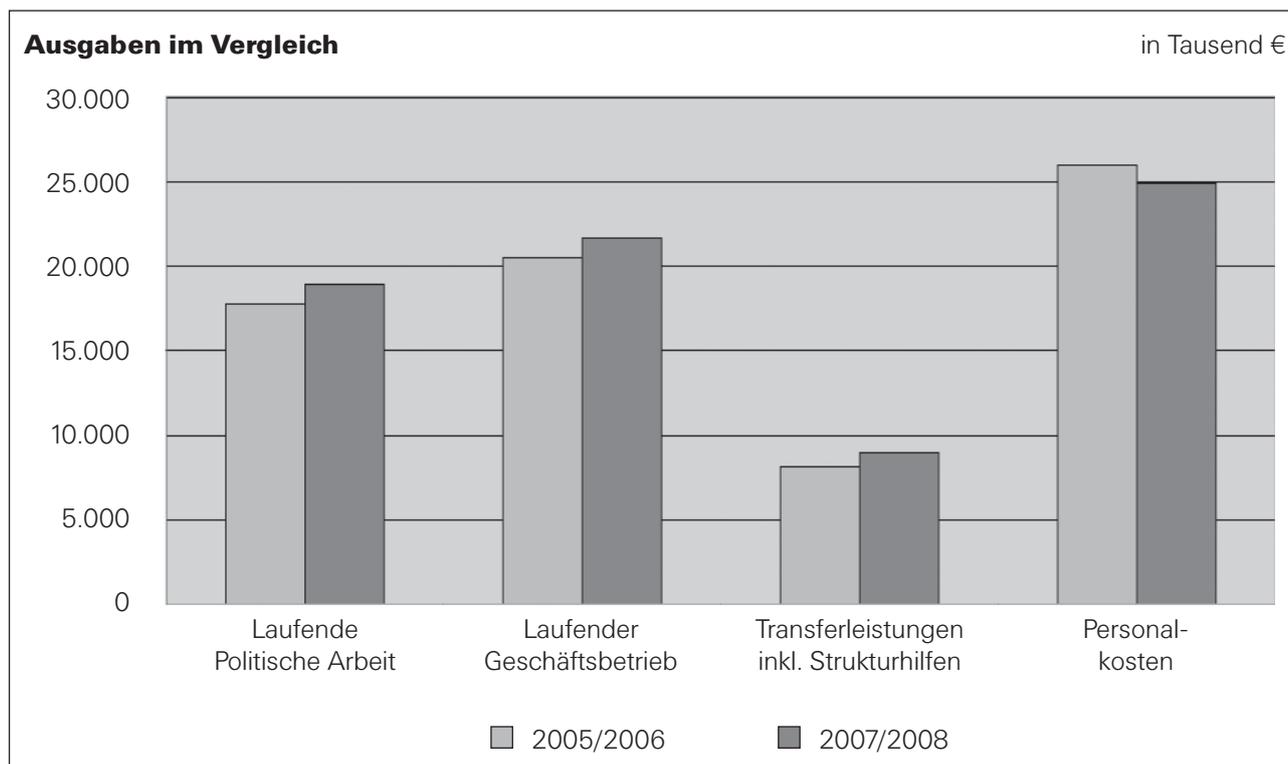
Der Aufwand für Politische Arbeit inkl. Öffentlichkeitsarbeit entsprach 2007/2008 einem Anteil von 25,8 Prozent (2005/2006: 24,5 Prozent).

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2007/2008 einem Anteil von 29,1 Prozent (2005/2006: 28,3 Prozent).

Eine erfreuliche Entwicklung ließ sich bei den Kosten für die EDV feststellen. Nach der Verfünfachung dieses Aufwandes von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. €), sinken sie seitdem kontinuierlich. Betrug der Betriebshaushalt EDV 2001 noch 5,3 Mio. €, konnte der Aufwand für den Berichtszeitraum 2007/2008 auf 4,8 Mio. € zurückgeführt werden (2005/2006: 6,2 Mio. €). Das entspricht einer Halbierung des Aufwandes gegenüber 2001.

Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe blieben 2007/2008 gegenüber 2005/2006 relativ konstant. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 12,0 Prozent (2005/2006: 11,2 Prozent). Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus.

Der Anteil der Personalkosten sank von 36,0 Prozent 2005/2006 auf 33,5 Prozent im Berichtszeitraum 2007/2008. Das Absenken der Personalkosten resultiert aus strukturellen Einschnitten im Personalbereich. Sie gingen auf eine zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat vereinbarte Entwicklung der Personalkosten bis 2010 zurück. Sie beinhaltet den Wegfall von Vergünstigungen, flexible Arbeitszeitmodelle und schließt betriebsbedingte Kündigungen bis 2010 aus.



Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Da auch in Zukunft nicht mit höheren Einnahmen zu rechnen ist, müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln. Darüber hinaus muss ein gesundes Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wurde geprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes.

2.1 Mitgliederverwaltung

Seit 2008 wird an der Ablösung der mittlerweile 10 Jahre alten Mitgliederverwaltungssoftware MAVIS I gearbeitet, die an ihre technischen Grenzen gekommen und am Ende des Software-Lebenszyklus angelangt ist.

Das neue, integrierte Mitgliederpflege- und allgemeine Personen- und Organisationsauskunftssystem berücksichtigt die Anforderungen der kommenden Jahre.

Die integrative Lösung ist modular aufgebaut und verbindet die Bereiche Adressverwaltung, Beitragsbearbeitung, die Möglichkeit der Kontakthistorisierung, ein Informationssystem der öffentlichen Verwaltungsstruktur, die Veranstaltungsplanung einschließlich der Möglichkeit der Internet-basierten Rückmeldung zu Veranstaltungen, ein Seminarverwaltungsmodul sowie ein Kalendarium.

Daneben werden für die aktive Parteiarbeit Geomarketingdaten zur Bevölkerungsstruktur von Infas, sowie die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen in die Datenbank eingelesen und für zukünftige Wahlkämpfe auswertbar, visuell darstellbar und nutzbar gemacht. Die Software-Architektur ermöglicht auch zukünftig die problemlose Einbindung von zusätzlichen Modulen.

Die Produktivsetzung dieser neuen Anwendung – MAVIS II – ist nach einer flächendeckenden Schulung der hauptamtlichen KollegInnen für das erste Quartal 2010 geplant.

Die Anwendung beruht auf einer Software, die die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) bereits erfolgreich nutzt. Zur Pflege und Weiterentwicklung wurde eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der SPÖ geschlossen.

Hauptamtlichen-Netz

Im Berichtszeitraum wurde das virtuelle, private Hauptamtlichen-Datennetz der Partei (VPN) technisch modifiziert (Bandbreitenerweiterung). Seit mehreren Jahren stellt das VPN eine verlässliche Kommunikationsplattform für die hauptamtliche Ebene dar.

Dabei steht den MitarbeiterInnen die gesamte Palette der Zugangsmöglichkeit zu diesem Netz – stets unter Beachtung der maximalen Datensicherheit – zur Verfügung.

Die Präsenz in den neuen Medien

Bei der Nutzung der sogenannten neuen Medien und Präsentationsformen ist die Partei an vorderster Stelle.

So bieten neben dem zentralen Internetauftritt <http://spd.de> und dem Kommunikationsforum für Mitglieder und Nichtmitglieder <http://meinespd.net> und zahlreiche Konten und Einstellungen in Youtube, Flickr, twitter, Facebook, StudiVZ vielfältige Möglichkeiten besonders für junge Menschen, mit der Partei in Kontakt zu treten.

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

Auch in den Jahren 2007 und 2008 haben die Mitglieder der „alten“ und „neuen“ Landesverbände einen Solidarbeitrag von 26 Cent je Monatsbeitrag geleistet, um damit die Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Landesverbänden zu sichern. Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände auf diesem Weg 3,3 Mio € im Berichtszeitraum 2007/2008.

Darüber hinaus leistete der Parteivorstand eine ergänzende Strukturhilfe aus seinem Betriebshaushalt. Sie belief sich auf je 750.000 € in den Jahren 2007 und 2008. Auch in den folgenden Jahren werden die ostdeutschen Landesverbände auf Strukturhilfe angewiesen sein.

4. Der Unternehmensbereich

4.1 Konzentration GmbH

Gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD ist der jeweilige Parteivorstand Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Nach geltendem Recht ist die Partei als nicht eingetragener Verein nicht grundbuchfähig. Sie muss deshalb über Treuhänder handeln. Im Immobilienbereich tut sie dies über die Konzentration GmbH. Diese Gesellschaft ist eine eigene Gesellschaft der Partei. Der von der Konzentration GmbH treuhänderisch verwaltete Grundbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD in der Spalte „Haus- und Grundvermögen“ in der Vermögensbilanz mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Neben den Aufgaben einer Immobilienverwaltungsgesellschaft nimmt die Konzentration GmbH die Aufgaben einer Projektentwicklungsgesellschaft wahr. Im Berichtszeitraum hat die Konzentration die Gebäude in Köln, Krefeld und Solingen saniert und modernisiert. In Jena wurde das Gebäude Teichgraben 4 nach langem Rechtsstreit, der bis zum Bundesverwaltungsgericht führte, im Jahr 2006 restituiert. Nun sind erste freiwerdende Wohnungen und Büroräume saniert und vermietet worden. Das Erdgeschoß des Gebäudes in Berlin, Müllerstraße hat eine neue Fassade erhalten, die dahinter liegenden Räume wurden umfassend saniert und werden von den Bundestagsabgeordneten sowie den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses als Bürgerbüro und vom August-Bebel-Institut für Veranstaltungen genutzt.



SPD Haus in Köln



© Jörg F. Müller

© Jörg F. Müller

Treuhänderisch handelnd für den Parteivorstand wurde aus dem Betriebsvermögen der Konzentration GmbH von der Konzentration GmbH das Grundstück mit aufstehendem Gebäude in Hof, Von-der-Tann-Straße 1, erworben. Das Gebäude wird derzeit von Grund auf saniert und modernisiert. Es wird zukünftig neben dem Sitz des Unterbezirkes der SPD sowie der ortsansässigen Abgeordneten noch zwei Wohnungen beinhalten.

Grundstücke in Görlitz, Königsbrück/Stenz, Greiz, Leipzig und in Cottbus konnten aus dem Treuhandvermögen verkauft werden. Eine wirtschaftlich auch nur ansatzweise vertretbare Sanierung und Nutzung war nicht möglich.

Das im Jahr 1997 vollständig sanierte Gebäude in Saalfeld, Rosmaringasse erhielt am 13. Mai 2009 im Rahmen eines Festaktes den Namen Arthur-Hofmann-Haus. Das Haus wurde nach dem in Saalfeld ansässigen Verleger und Gründer des Saalfelder Volksblattes, der dortigen SPD und langjährigen Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten benannt.

Die Konzentration GmbH hat darüber hinaus die wichtige Aufgabe, die Verfahren zur Durchsetzung der Entschädigungsansprüche für den Verlust des sozialdemokratischen Vermögens zu betreiben. In den beiden vergangenen Jahren und aktuell im Jahr 2009 wurde durch Verhandlungen mit dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen erreicht, dass Grundlagenbescheide über die Entschädigungsansprüche für den Verlust der Gesellschaften Kaden & Co. OHG, Volksbuchhandlung Jena GmbH, Vorwärts Dresdner Baugesellschaft AG, Arbeiterdruckerei eGmbH Görlitz, URANIA Verlagsgesellschaft mbH Jena in endgültiger Form bzw. als beabsichtigte Entscheidungen erlassen wurden. Für den Verlust der Fa. Sidow & Co. OHG und der Arbeiterdruckerei eGmbH Görlitz sind in dem Berichtszeitraum beabsichtigte Bescheide zur Höhe der jeweiligen Entschädigungsbeträge ergangen.



Benennung des Arthur-Hofmann-Hauses in Saalfeld.

© privat

Schließlich ist die Konzentration GmbH Alleininhaberin der Mikropress GmbH. Die Gesellschaft ist eine Ausgründung aus dem Archiv der sozialen Demokratie. Ihr Zweck ist die Mikroverfilmung von Archivmaterialien. Die Archivierung von Materialien auf Mikrofilmen wird auch noch im Zeitalter der Digitalisierung als die sicherste Art der Archivierung angesehen. Die Gesellschaft hat nach der Sanierung des Erich-Ollenhauer-Hauses ihren Sitz und ihren Geschäftsbetrieb dort aufgenommen.

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin

Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) verwaltet treuhänderisch für die Partei das Willy-Brandt-Haus in Berlin (www.willy-brandt-haus.de).

In den Jahren 1992 bis 1996 hat die VBB die Projektierung und den Bau des Hauses koordiniert. Da die politischen Parteien keine finanzielle Unterstützung beim Bonn-Berlin-Umzug erhielten, wurde der Bau fast vollständig über Hypothekendarlehen finanziert. Sie summierten sich bis 1996 auf insgesamt 49 Mio. € – die Tilgung begann 1999.

Zum 31. 12. 2008 betragen die verbleibenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 25,9 Mio. € (2007: 27,9 Mio. €). Die jetzt gültigen Zinsfestschreibungen laufen noch bis 2012 bzw. 2014.

Entgegen unserer Absicht konnte bisher noch keine Anschlussfinanzierung konzipiert werden. Die Finanzkrise und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den Kreditmärkten ließen das nicht attraktiv erscheinen. Wir sind aber optimistisch, das bei einer allgemeinen Marktberuhigung nachholen zu können.

Die Finanzen des Hauses stehen auf stabilen Pfeilern: Mieteinnahmen von Drittmietern, Einnahmen aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb sowie ein Finanzierungsbeitrag des Parteivorstandes tragen zum laufenden Unterhalt des Hauses bei. In der Hauptsache wird allerdings der Gewinn aus dem Unternehmensbereich für das Haus, insbesondere für Zinsen und Tilgungen der offenen Darlehensverpflichtungen, verwandt.

Wie beim Bau konzipiert und bei der Eröffnung versprochen, ist das Willy-Brandt-Haus ein offenes Haus, das sich mit zahlreichen Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen längst einen Ruf als kulturelles Zentrum in Berlin erworben hat; nicht zuletzt durch das Engagement des Kulturforums und des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V.



*Eröffnung
der Ausstellung
„Ein Bürger für Brandt.
Der politische Grass“
im Willy-Brandt-Haus
am 6. April 2009.*

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Für die Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin (dd_vg.) fällt die Rückbetrachtung der Jahre 2007 und 2008 deutlich unterschiedlich aus: Das Jahr 2007 ist erfreulich positiv verlaufen, ab Mitte des Jahres 2008 waren jedoch die ersten Auswirkungen der aufkommenden Rezession deutlich spürbar.

Mit dem erzielten Jahresüberschuss von 17,2 Mio. € in 2007 und 15,5 Mio. € in 2008 (jeweils nach Steuern) hat die dd_vg. gleichwohl in beiden Jahren stabile Ergebnisse auf zufriedenstellendem Niveau erzielen können.

Die Ausschüttungen an die SPD als Gesellschafterin der dd_vg. konnten moderat auf 8,7 Mio. € in 2007 und 11,4 Mio. € in 2008 gesteigert werden.

Durch die stabile Ergebnis- und Liquiditätslage konnte die dd_vg. – wie schon seit dem Jahr 2006 – sowohl für 2007 als auch für 2008 jeweils eine Bilanz aufstellen, die keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausweist.

Im Beteiligungskreis der dd_vg. gab es 2007/2008 folgende Änderungen:

- Rund 49 % der Anteile an der Tivola Publishing GmbH wurden 2007 an den Geschäftsführer der Gesellschaft veräußert.
- In 2008 hat die dd_vg. ihre Anteile an der Ökotest Holding AG von 50 % plus zehn Aktien auf rund 64,1 % aufgestockt.
- Bei den Buchverlagen wurde zum Jahreswechsel 2008/2009 das Verlagsgeschäft der Parthas Verlags GmbH durch ein Management Buy Out auf die langjährige Geschäftsführerin übertragen.

- Zum Zweck der Sicherung des Fortbestandes hat die dd_vg. den Akzidenzdruckbetrieb der Druckhaus Bayreuth GmbH in die neue 100 %-Tochter Bayreuth Druck+Media GmbH & Co. KG übernommen.

Die stabile Ergebnissituation der dd_vg. ist vor dem Hintergrund eines andauernden strukturellen Drucks auf die Regionalzeitungsverlage, der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch verschärft wurde, besonders beachtlich.

Die Tatsache, dass trotz struktureller Veränderungen im Markt die Zeitungsbeiträge der dd_vg. weiterhin positive Ergebnisse verzeichnen, ist das Resultat von vorausschauendem, unumgänglichen Kostenmanagement. Hierbei ist – nolens volens – leider auch der Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidbar, da im Verlagswesen die Personalkosten den weitaus größten Kostenblock ausmachen. Je frühzeitiger diese Prozesse erkannt und begonnen werden, um so eher ist es möglich, dies mit einem Maximum an Sozialverträglichkeit umzusetzen.

Aber nicht nur der Blick auf die Kosten hat die Ertragsituation der Verlage stabilisiert, sondern auch Investitionen in die Unternehmen selbst, in die Zeitungen und neue Geschäftsfelder rund um die Verlage.

Die Sanierung der Frankfurter Rundschau bildete auch in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 einen Schwerpunkt der Unternehmensaktivität der dd_vg.: Nach dem Verkauf der Mehrheit an den Kölner Verlag M. DuMont Schauberg wurde im Mai 2007 das neue Tabloid-Format eingeführt. Das Anfang 2009 bezogene neue Verlagsgebäude wurde mit dem vermutlich modernsten Newsroom der Bundesrepublik ausgestattet und verwirklicht die Anforderungen an eine konvergente Redaktion. Beides ging mit erheblichen Investitionen einher. Durch die Kooperation der FR mit der Berliner Zeitung, dem Kölner Stadtanzeiger und der Mitteldeutschen Zeitung wurde ein Modell entwickelt, das nachhaltig Kosten reduziert, ohne sich negativ auf die Qualität der Zeitung auszuwirken.

Augenscheinlich verschärft sich der schon seit Jahren spürbare Konsolidierungsdruck in der Branche. Hierfür lassen sich mehrere Ursachen ausmachen:

- die Herausforderungen durch die digitale Revolution,
- die demographische Entwicklung,
- die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und
- die ungeklärte Nachfolge mancher Verlegerfamilie.

Investitionen in Drucktechnik, Vertrieb und Redaktion werden vielerorts nur in Kooperationen oder auch Zusammenschlüssen finanzierbar sein.

Mit der Übernahme der Mehrheit am Berliner Verlag durch DuMont vom Finanzinvestor Montgomery zeigt sich, dass das Modell einer Übernahme von deutschen Zeitungsverlagen durch Finanzinvestoren nicht zukunftstauglich ist. Offenbar wurde – wie vorhersehbar war – der Verlag mit einem überbordenden Investitionsstau zurückgelassen und ausgeblutet.

Eine solche Vorgehensweise enthält ein für die Verlagslandschaft und damit letztlich für die Rolle der Medien in einer demokratisch verfassten Gesellschaft zerstörerisches Potenzial: Gerade in einer Umbruchsituation bedarf es langfristig und nachhaltig agierender Akteure, für die Zeitungen etwas anderes sind als bloße Renditeobjekte.

Als Unternehmen mit einer über 140-jährigen Geschichte im Medienbereich gehört die dd_vg. zu den Akteuren im Markt, die mit einem verlegerischen Hintergrund stabilisierend und qualitäts- und vielfaltsichernd wirken.

Die weiteren Medienbeteiligungen der dd_vg. konnten ihre Position festigen. So kann Öko-Test durch seine besondere Aufstellung selbst angesichts der Rezession seine Anzeigenumsätze steigern. Der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft (u. a. vorwärts, Demo) ist es gelungen, den Veranstaltungsbereich auszubauen und erfolgreich als Dienstleister für andere Medien (z. B. im Anzeigenbereich) zu agieren.



Newsroom der FR

Bei den Buchverlagen ist eine Konzentration auf die politischen Publikationen erfolgt. Es bleibt dabei, dass dieses Engagement in einem eher stagnierenden Markt hohe Anfangsinvestitionen voraussetzt, insbesondere den Aufwand für die Entwicklung der Programmlinien, Vorlaufkosten für Lizenzen usw.

Tivola hat im Berichtszeitraum mit dem Wechsel von PC-Spielen auf Konsolenspiele (Nintendo-DS, Wii) eine deutliche Steigerung der Umsätze erreichen können. Mit dem Bilderbuchkanal Pikcha.tv im Internet werden neue vielversprechende Wege beschritten.

Die zur Unternehmensgruppe gehörenden Akzidenzdruckereien operieren in einer tiefgreifenden und für viele Betriebe existenzbedrohenden Branchenkrise. Der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg, durch Fusionen die Zukunftschancen zu verbessern, hat sich bewährt. Darüberhinaus wird es auch erforderlich sein, die Angebotspalette der Druckereien vom reinen Printprodukt hin zu Dienstleistungsangeboten, z.B. im Bereich des Content-Management zu entwickeln, um dem Strukturwandel in dieser Branche erfolgreich zu begegnen.

Der „SPD-Reiseservice“ hat seine Strategie der erweiterten Produktpalette fortgeführt. So sind z. B. die Frühjahrs- und Herbsttreffen mittlerweile fester Bestandteil im Terminplan vieler Mitreisender. Verstärkt werden auch Studien- und Familienreisen angeboten. In 2008 haben nahezu 6.000 Personen das vielfältige Urlaubsangebot genutzt.

Der Bereich Handel und Service, in dem der Papierhandel (HPPV), Werbemittelverkauf und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (vorwärts-Buchhandlung) sowie EDV- und Verwaltungsservice (Office Consult) zusammengefasst werden, leistet unverändert einen stabilen Beitrag zum Unternehmensergebnis der dd_vg.

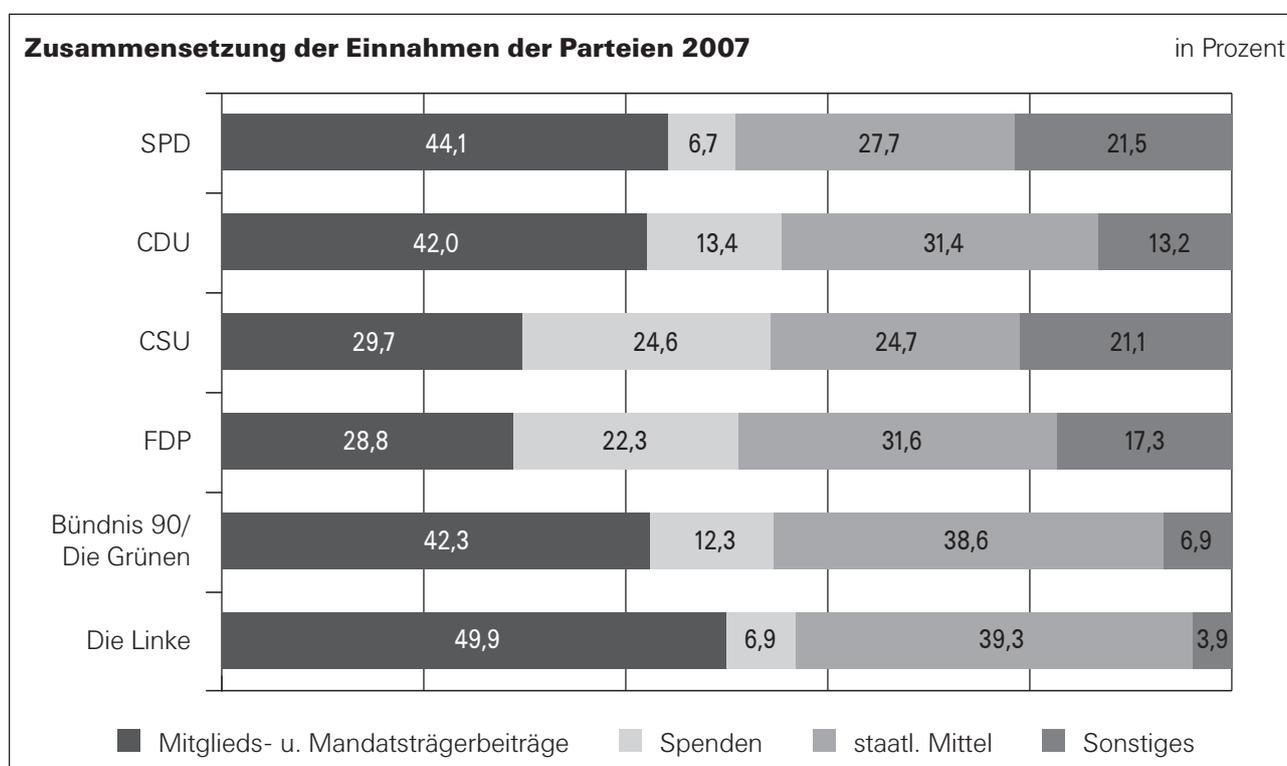
Finanzen der Gesamtpartei für das Jahr 2007 im Vergleich

Die Einnahmen der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2007 auf 157 Mio. €. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von 185,9 Mio. €.

Mit 44 % der Einnahmen sind die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen – mit 30,3 % nach wie vor der größte Einnahmenposten der SPD – sind von 53,9 Mio. € im Jahr 2003 auf 47,6 Mio. € im Jahr 2007 gesunken. Die seit dem Jahr 2003 geltenden jährlichen Beitragsanpassungen haben den Beitragsrückgang abgefedert. Dennoch bleibt es eine ständige Aufgabe, die Beitragsbasis der SPD zu stabilisieren.

Die SPD erhält im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus. Die Union verbucht bei Spenden von natürlichen Personen das 2,3-fache, bei Spenden von juristischen Personen das 4,8-fache unserer Spenden.



Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2007 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2008 noch nicht veröffentlicht sind.

Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein ganz besonderes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel aus alternativen Quellen beziehen muss. Hierzu leistet der Unternehmensbereich der SPD, der in 140 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde, einen soliden Beitrag. Unsere Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen in Höhe von 9 Mio. € können den Vorsprung der Union bei den Spenden in Höhe von 19 Mio. € bei weitem nicht ausgleichen.

Einnahmen an staatlichen Mitteln der SPD in Höhe von 43,5 Mio. € stehen 55,5 Mio. € der Union gegenüber (44,8 Mio. € für die CDU und 10,7 Mio. € für die CSU).

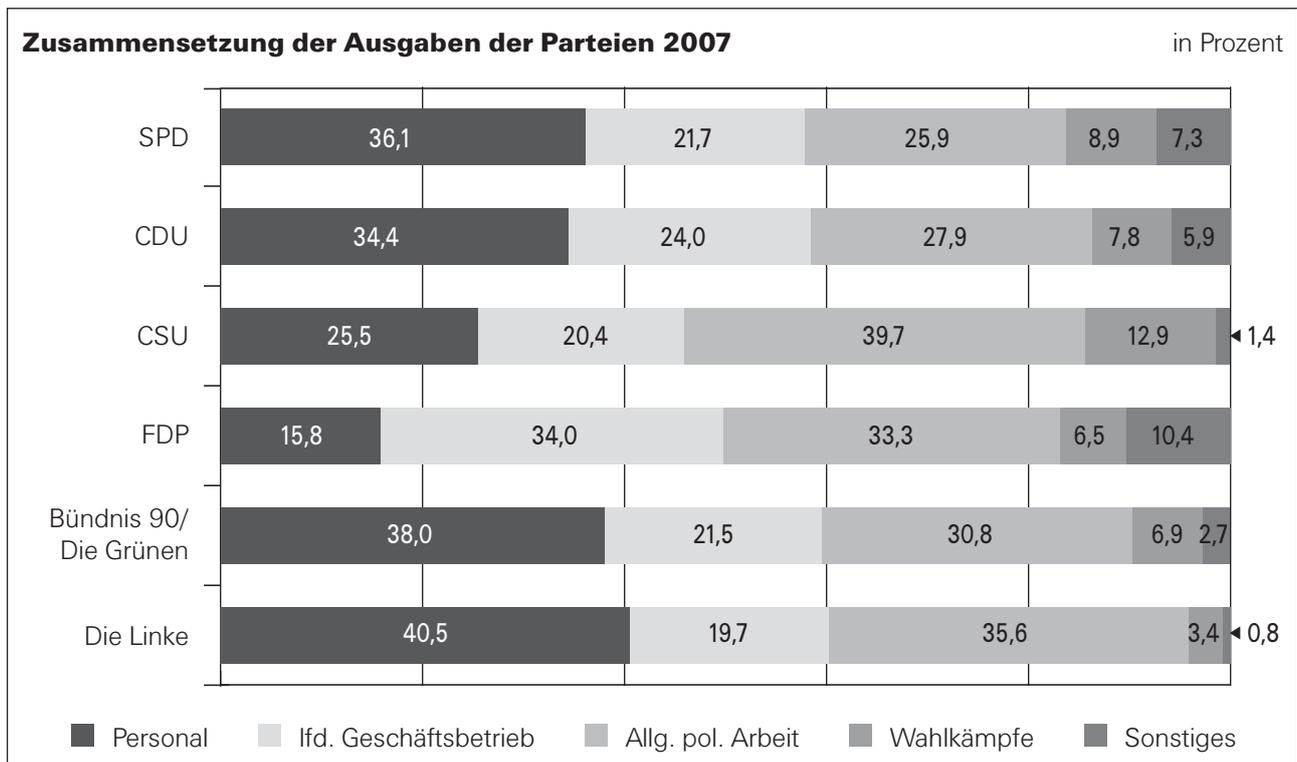
Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2007 auf 130 Mio. €. CDU und CSU zusammen verzeichneten Ausgaben in Höhe von 154,8 Mio. €.

Fast 58 % der gesamten Ausgaben der SPD wurden für Personal und lfd. Geschäftsbetrieb aufgewendet. Für allgemeine politische Arbeit wendeten wir annähernd 26 % der Ausgaben auf, 5 Prozentpunkte weniger als die Union.

Der Anteil der Ausgaben für Wahlkämpfe ist mit ca. 9 % für die SPD und die Union annähernd gleich.

Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 175 Mio. €. Bei den Besitzposten entfallen 120 Mio. € auf Haus- und Grundvermögen. Das Geldvermögen ist mit 62 Mio. € zu 75 % den nachgeordneten Gliederungen (Unterbezirke, Stadtverbände, Ortsvereine) zuzurechnen. Bei den Schuldposten entfallen fast 20 % auf Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen.

Unsere Aufgaben für die kommende Zeit lassen sich kurz zusammenfassen: Einnahmen stabilisieren, Ausgaben überprüfen, Parteistrukturen optimieren.



Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich



Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2007

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Einnahmen														
Mitgliedsbeiträge	47.582.439	30,32	41.924.405	29,43	9.684.493	22,28	51.608.898	27,76	5.587.154	21,38	6.953.972	21,96	9.195.804	40,99
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	21.667.896	13,80	17.879.281	12,55	3.217.839	7,40	21.097.120	11,35	5.467.173	20,92	2.175.839	6,87	2.000.310	8,92
Spenden von nat. Pers.	8.473.212	5,40	12.418.465	8,72	7.353.115	16,92	19.771.580	10,64	2.828.603	10,82	5.194.778	16,40	1.524.902	6,80
Spenden von jur. Pers.	2.095.401	1,33	6.660.866	4,68	3.317.665	7,63	9.978.531	5,37	383.013	1,47	1.878.205	5,93	19.742	0,09
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	9.127.305	5,81	1.772	0,00	0	0,00	1.772	0,00	578	0,00	1.085.990	3,43	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	8.836.839	5,63	4.367.251	3,06	929.780	2,14	5.297.031	2,85	341.054	1,30	1.642.700	5,19	455.342	2,03
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	14.744.343	9,39	11.723.361	8,23	8.135.849	18,72	19.859.210	10,68	637.506	2,44	2.558.289	8,08	192.120	0,86
Staatliche Mittel	43.475.249	27,70	44.790.191	31,44	10.711.704	24,65	55.501.895	29,85	10.079.693	38,56	9.989.233	31,55	8.814.887	39,29
Sonstige Einnahmen	979.131	0,62	2.686.058	1,89	108.851	0,26	2.794.909	1,50	813.320	3,11	185.620	0,59	230.609	1,02
Gesamt	156.981.815	100,00	142.451.650	100,00	43.459.296	100,00	185.910.946	100,00	26.138.094	100,00	31.664.626	100,00	22.433.716	100,00
Ausgaben														
Personalausgaben	46.989.454	36,14	40.670.715	34,40	9.336.216	25,48	50.006.931	32,30	8.157.480	38,00	3.925.300	15,83	8.090.278	40,51
Lauf. Geschäftsbetrieb	28.221.727	21,71	28.408.202	24,04	7.475.960	20,41	35.884.162	23,18	4.625.706	21,54	8.430.034	34,00	3.925.916	19,66
Allg. politische Arbeit	33.719.503	25,94	32.937.748	27,87	14.549.872	39,72	47.487.620	30,67	6.604.637	30,77	8.255.012	33,30	7.118.112	35,64
Wahlkämpfe	11.548.353	8,88	9.214.162	7,80	4.742.562	12,95	13.956.724	9,01	1.490.345	6,94	1.608.766	6,49	672.922	3,37
Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.271.566	6,36	2.831.806	2,40	0	0,00	2.831.806	1,83	442.860	2,06	1.221.317	4,93	8.435	0,04
sonstige Zinsen	654.629	0,50	752.568	0,64	379.194	1,04	1.131.762	0,73	9.695	0,05	1.333.203	5,38	2.850	0,01
sonstige Ausgaben	609.817	0,47	3.376.822	2,85	150.802	0,40	3.527.624	2,28	137.019	0,64	17.490	0,07	150.971	0,77
Gesamt	130.015.049	100,00	118.192.023	100,00	36.634.606	100,00	154.826.629	100,00	21.467.742	100,00	24.791.122	100,00	19.969.484	100,00
Überschuss/Defizit	26.966.766		24.259.627		6.824.690		31.084.317		4.670.352		6.873.504		2.464.232	
Reinvermögen	174.773.062		114.663.462		39.877.464		154.530.926		25.049.133		4.585.320		23.003.682	



342 1SSA0es
343 515 51e 451
450 895 895 451
315 345 345 451
428 513 513 515
20 815 815 895
350 350 350 418
281 418 418 533
33 533 533 428
428 428 428 428